

Pressemitteilung

Kurz vor knapp, trotzdem rechtzeitig - Staatsregierung setzt Präsenzunterricht aus

Dresden, 8. Dezember 2020. In Folge der weiteren Zuspitzung der Infektionslage im Freistaat Sachsen hat die Staatsregierung heute verschärfte Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie angekündigt. Der LandesSchülerRat Sachsen betrachtet die erwähnten Maßnahmen differenziert.

Die Ankündigung der Staatsregierung, Schulen zu schließen, hält der LSR im Grundsatz für richtig. Zuletzt hatten wir im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Schulausschuss des Sächsischen Landtages am 27.11.2020 unsere Forderung bekräftigt, vom kompletten Präsenzunterricht abzuweichen, sollten die Zahlen binnen der nächsten beiden Wochen weiter steigen. Landesschülersprecherin Joanna KESICKA erklärt: „Schulen sind nachweislich keine Infektions-Hotspots. Das Infektionsgeschehen in den Schulen hängt wesentlich vom Geschehen außerhalb der Schule ab - steigen dort die Zahlen, wächst der Druck auf die Schulen. Das Versprechen, dass mit den Maßnahmen seit dem 02.11. einherging, war: Schulen bleiben geöffnet, weil ein Lockdown light im November die Zahlen außerhalb der Schulen senken und so den Druck auf die Schulen mindern wird. In Sachsen konnte dieses Versprechen nicht gehalten werden, und auch die Verschärfungen Anfang Dezember haben hinsichtlich der Verringerung der Infektionsdynamik erkennbar keinen Effekt. Das hat auch in der Schülerschaft dazu geführt, dass die anfängliche Akzeptanz für konsequenten Präsenzunterricht seit Ende November rasant schwindet. Wenn der Druck auf die Schulen nicht von außen gesenkt werden kann, muss er von innen heraus gemindert werden“, so KESICKA.

Vor diesem Hintergrund ist die Schließung der Schulen, die heute effektiv für die Dauer von je einer Woche vor und nach den Weihnachtsferien angekündigt wurde, aus Sicht des LSR akzeptabel. „Ein Wechselmodell ist aus Sicht der Schülerinnen und Schüler generell die sinnvollere Option, und auch einer kompletten Schließung der Schulen vorzuziehen. Hier sollten wir Lehren aus der ersten Welle ziehen, wo genau dieser Wechsel aus Online- und Präsenzlernen vieles abgefördert hätte. Das gilt ebenso für die beiden Wochen, die jetzt im Gespräch sind. Das Wechselmodell wäre auch in dieser Zeit sinnvoller gewesen. Allerdings ist aus unserer Sicht fraglich, inwiefern es in der jetzigen Situation Sinn ergibt, für je eine Woche im Dezember bzw. Januar noch einen Wechselmodus für alle Schulen zu etablieren. Das Umschalten in den Wechselmodus hat in den letzten Tagen ebenfalls nicht einwandfrei funktioniert und nur eine Minderheit der sächsischen Schulen hat sich daran gewagt. Nicht nur, weil Sachsen - mittlerweile mit Abstand - deutschlandweit trauriger Spitzenreiter bei den Corona-Neuinfektionen ist, sondern auch wegen der bald anstehenden Weihnachtsferien ist es für die Schülerinnen und Schüler einfacher, jeweils die fünf Schultage im Dezember und Januar am Stück im Fernunterricht zu bleiben, statt noch für einen oder zwei Tage unregelmäßig in die Schule zu kommen. Hätte die Staatsregie-

„...früher über weitere Maßnahmen bezüglich der Schulen entschieden, wäre ein Wechselmodell möglich gewesen.“, so die Landesvorsitzende Joanna KESICKA. „Positiv zu bewerten ist, dass eine sachsenweit einheitliche Regelung gefunden werden soll. Die Lage ist in den Landkreisen in Sachsen unterschiedlich, aber überall sehr angespannt, egal in welchem Rotton der Landkreis auf den Karten, Übersichten und Livetickern auftaucht. Eine „Begrenzung“ auf Hotspots ist ohnehin wenig sinnvoll, wenn die Mehrheit der sächsischen Landkreise schon als Hotspot zählt“, so KESICKA zu dieser Frage.

Der LSR fordert jedoch, auf Abschlussjahrgänge besondere Rücksicht zu nehmen. Hier ist der Präsenzunterricht zur Prüfungsvorbereitung deutlich wichtiger als in anderen Klassenstufen und der Verlust dieser Vorbereitung durch die Schließungen entsprechend höher. „Es wäre fatal, die Abschlussjahrgänge nun zwei Wochen lang allein zu lassen. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich hier besonders engagieren, um ihnen einen bestmöglichen digitalen Ersatz des Schulunterrichtes zu bieten. Für diese Jahrgänge sollte den Schulen zudem ermöglicht werden, an einigen Tagen Präsenzunterricht oder freiwillige Konsultationen in den wichtigsten Fächern anzubieten, logischerweise in kleineren Gruppen unter Einhaltung des Mindestabstandes“, so KESICKA.

Generell appelliert der LSR, zumindest ein Lernen im reduzierten Umfang zu ermöglichen und den Leistungsdruck auf die Schüler zu reduzieren. „Auch wenn es nur zwei Wochen sind, sollten diese zwei Wochen gerade in den höheren Jahrgängen kein Totalausfall sein. Die häusliche Lernzeit ist leicht angekündigt, doch sie erfordert auch, dass Lehrerinnen und Lehrer ihren Beitrag leisten. Es braucht die Chance, in einer häuslichen Lernzeit Rückfragen zu stellen, digital Material zu erhalten und in Kontakt mit den Lehrkräften zu bleiben. Wir wissen, dass viele Lehrerinnen und Lehrer sich seit Monaten engagieren, teils an der Belastungsgrenze arbeiten und sich um guten Unterricht bemühen - umso ärgerlicher wäre es, wenn nun einzelne Lehrkräfte in den Kollegien und unter den Schulleitern dieses Engagement nicht aufzeigen. Gleichzeitig muss nun, insbesondere ab Januar 2021, die Zahl der benötigten Noten und Leistungsnachweise reduziert werden. Mehr freiwillige Bewertungen, weniger verpflichtende Klausuren und Klassenarbeiten, insbesondere in den Nicht-Prüfungsfächern der Abschlussjahrgänge.“, so KESICKA abschließend.